

TAGESSPIEGEL BACKGROUND

Treibhausgasminderungsquote

Biokraftstoffwirtschaft: Doppelanrechnung muss abgeschafft werden

In Erwartung eines **baldigen Kabinettsbeschlusses** über den Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Treibhausgasminderungsquote fordern Verbände der deutschen Biokraftstoffwirtschaft die Bundesregierung auf, an den Plänen zur **Abschaffung der Doppelanrechnung von Treibhausgasminderungen** festzuhalten. „Für eine wirksame Betrugsvorbeugung bei fortschrittlichen Biokraftstoffen ist es unumgänglich, die Doppelanrechnung auf die THG-Quote abzuschaffen“, heißt es bei den Verbänden der deutschen Biokraftstoffwirtschaft, zu denen der **Bundesverband Bioenergie**, der **Bundesverband der deutschen Bioethanolwirtschaft** und der **Verband der Deutschen Biokraftstoffindustri** gehören.

Sie sehen in der Doppelanrechnung eine „wesentliche Motivation für den bald drei Jahre andauernden **Betrug mit falsch deklarierten Importen**, der zu massiven Marktverwerfungen und einem Absturz des Quotenpreises geführt hat“.

Die **Treibhausgasminderungsquote** (THG-Quote) regelt im Prinzip, um welchen Prozentsatz Mineralölkonzerne ihren Treibhausgasausstoß im Vergleich zu einem Referenzwert senken müssen. Sie können zum Beispiel mehr **Biokraftstoffe** beimischen oder entsprechende Zertifikate von Dritten kaufen, etwa von Anbietern von E-Ladesäulen, die für sie die CO₂-Einsparung umgesetzt haben. All das soll dazu dienen, den Verkauf emissionsarmer Kraftstoffe in Deutschland anzureizen. Voraussichtlich am **12. November** will das Kabinett nun über einen entsprechenden Gesetzentwurf abstimmen.

Um den Investitionsstau bei Erneuerbaren im Verkehr in Deutschland aufzulösen, sei man auch auf eine Aufhebung des überzogenen Anreizes der Doppelanrechnung angewiesen, komplementär zur **Reform des Vertrauensschutzes** sowie zur Verschärfung von Zertifizierung und Kontrollen, erklären die Verbände der Biokraftstoffwirtschaft. Zuletzt war der Kabinettsstermin zur Abstimmung über den entsprechenden

Gesetzentwurf mehrfach verschoben worden – offenbar wegen anhaltendem **Abstimmungsbedarf** zwischen Bundesumwelt- und -wirtschaftsministerium (Background berichtete). *jak*